

Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

Nr. 11.

Dienstag den 6. Februar

1849.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Dienstags und Freitags, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal mit Portoausschlag 16 Ggr.; ohne denselben 12 Ggr. Alle Königl. Hannoverischen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden **franco** entweder unter Adresse des Redacteurs oder des Verlegers erbeten. — Inserate werden in einem Anzeigebrette für 8 Tg. pr. Seite aufgenommen.

Die deutsche Kaiserfrage und die preussische Note.

Die Begeisterung für Deutschlands Einheit, das allgewaltige Gefühl, aus dem Schiffbruche der März-Freiheit wenigstens die Trümmer zu retten, welche zum Aufbau eines deutschen Staatsganzen die nothdürftigen Materialien liefern könnten, hat wol manchen ehrlichen Demokraten, manches freiheitsglühende Herz bewogen, seine Stimme mit dafür zu erheben, daß Preußens König den erblichen Kaiserthron bestiegen möchte. Andere haben aus andern Gründen sich diesem Wunsche angeschlossen: sie sehen in dem mächtigen preussischen Kaiser das einzige Mittel, die vielen überzähligen Staatshäupter in Deutschland nach und nach zu mediatisiren und so die Schranken zwischen der Monarchie und der Republik bis auf ihn selbst hinwegzuräumen. Noch Andere hoffen von jener Erhebung des preussischen Königs seine Befreiung aus den Krallen der Camarilla und die Rückkehr zu dem allein vernünftigen und sittlichen System, welches in den Märztagen, die Mündigkeit des Volkes als die Grundlage einer neuen Ordnung publicirte. So haben gewiß Viele sich überwunden und in der Hoffnung, es werde dem Ganzen zum Heile gereichen, Grundsätze zum Opfer gebracht, mit denen sich ein erbliches deutsches Kaiserthum sonst nimmermehr hätte in Einklang bringen lassen. Und es ist das etwas Großes! Was ist für den charakterfesten Ehrenmann die Hingabe äußerer Güter gegen die Aufopferung seines heiligsten Besitzthums — der innersten, lang genährten und erprobten Ueberzeugung? Was kann ihm dieses Opfer erträglich machen, als das Bewußtsein, es für eine Sache gebracht zu haben, die das Höchste im Menschen in Anspruch

nimmt, das Vaterland? In diesem Sinne ist wol manche Unterschrift den zahlreichen Kaiseradressen beigelegt worden, wenn auch das Herz blutete bei dem Gedanken an die Unbill, welche dem preussischen Volke von eben diesem Könige widerfahren. Die Abstimmung in der Paulskirche mußte freilich diesen Äußerungen ein bedenkliches Halt gebieten; wenn auch vielleicht nicht Alle, die zur Majorität gehörten, prinzipiell die Erblichkeit der Kaiserwürde verwarfen, so hat sich doch die Thatfache herausgestellt, daß das Projekt eines preussischen Erbkaisers ein künstliches ist und nicht in dem Bewußtsein der Mehrheit des deutschen (nicht preussischen) Volkes Wurzel geschlagen hat. Sollte aber auch bei der zweiten Lesung die Sache sich anders gestalten und die Entscheidung sich mit einem (wenn auch voraussichtlich nur geringen) Uebergewicht der Stimmen zu Gunsten der Erblichkeit, selbst eines preussischen Kaisers, entscheiden, so hat doch die neuliche Erklärung der preussischen Regierung uns, was Deutschland von dorten zu erwarten hat, so offen dargelegt, daß Niemand, der die Erhebung des Volkes im vergangenen Jahre als eine gerechte, nothwendige und sittliche anerkennt, freiwillig seine Stimme für die Verwirklichung jenes Plans erheben kann. Die Lage nach der Neugestaltung Deutschlands wird darin ungefähr auf den Standpunkt der Sktrophirung zurückgeführt; es kommen dabei vor Allem die Interessen der Dynastien und wenn auch die National-Versammlung noch mit einiger Rücksicht behandelt wird, so wird doch das Prinzip der fürstlichen Genehmigung aller dort gefaßten Beschlüsse so sehr in den Vordergrund gestellt, daß Diejenigen, welche bisher noch an die Souveränität der National-Versammlung geglaubt haben, jetzt inne werden können, daß sie nichts sein soll, als ein zur Vereinbarung berufenes Institut, welches bei erster

Veranlassung auf die Seite geschoben, höchstens so lange geduldet wird, bis ein neuer Fürstencongreß über seine Nothwendigkeit und Berechtigung entschieden hat. Wer vom Volke seine Achtung vor der welthistorischen Erhebung des vergangenen Jahres noch nicht aufgegeben hat, wer das Vorparlament, den Fünfziger-Ausschuß, die National-Versammlung selbst noch ansieht als Ergebnisse des endlich zu seiner Geltung gekommenen vernünftigen Volksbewußtseins, den muß der Hohn, womit dieser heiligste Glaube des deutschen Volkes, dieser Glaube an sein ewiges Recht, dem gegenüber alle sogenannten Rechte der Dynastien von gestern und usurpirt sind, als „eine zu hoch gesteigerte Vorstellung über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung“ behandelt wird, mit Schmerz und mit Unwillen erfüllen. Aber nicht diese geringschätzende Ansicht über die Berechtigung und die Bedeutung der National-Versammlung, „die sich beinahe 8 Monate lang hindurch in freier Bewegung ihrer Verfassungsarbeit hat widmen dürfen“, allein giebt uns Aufklärung darüber, was wir von dem preussischen Könige zu erwarten haben: das spricht sich viel deutlicher aus in dem, was über die „redliche Verständigung“ zwischen den Regierungen und der National-Versammlung gesagt oder vielmehr dem Leser zur eignen Ergänzung an die Hand gegeben wird. Es tritt uns hier wieder die diplomatische, offen sein sollende, aber die eigentlichen Absichten schlaue verhüllende Sprache entgegen, die allen in Preußen selbst geschehenen Schritten den nebelhaften Schein einer Gefechlichkeit zu geben bemüht gewesen ist, die in Wirklichkeit nichts als rohe Gewaltthätigkeit war. Es heißt, die deutschen Regierungen sollen der National-Versammlung ihre Erklärungen über die in der ersten Berathung festgestellten Kapitel der Verfassung, welche vom Reiche, dem Reichs-Oberhaupt u. s. w. handeln, zur Erwägung übergeben. Kann das etwas Anderes bedeuten, als ihr Befehle zukommen lassen, auf deren Nichtbefolgung durch die Versammlung die Nichtanerkennung ihrer Beschlüsse durch die Regierungen folgt? Ist denn die National-Versammlung eine politische Kindergesellschaft, denen die Regierungen als Vormünder und Lehrer gegenüberstehen, die ihnen zu sagen haben, wie sie sich benehmen müssen, um das Vergnügen einer solchen Zusammenkunft noch einmal genießen zu können? Und wenn nun die Erwägung dieser Erklärungen nicht im Sinne der Regierungen ausfällt? dann ist es nach der preussischen Note unzweifelhaft, daß das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern das deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwicklung gehemmt werden wird. Kann das etwas Anderes heißen, als daß der zweite Akt des Berliner

Trauerspiels in Frankfurt aufgeführt werden soll? ist das etwas Anderes als ein Hinweisen auf das erhabende Tableau der Berliner Vorgänge: Aufhebung der National-Versammlung, Mißhandlung oder Verhaftung ihrer Mitglieder, Belagerungszustand, Aufhebung aller Freiheiten und Rechte, Kanonen und Schwerter? Wir brauchen des Kommentars gar nicht einmal, mit dem die in Aussicht gestellten „gefährlichen Krisen“ so eindringlich und einleuchtend jenen „wohlgemeinten Vorschlag“ erläutern. Wir kennen diese „Krisen“ von Oestreich her, und sie sind allerdings ein wirksames Mittel, eine unfügsame Versammlung geschmeidig und gehorsam zu machen und dem „gefährlichen Gegensatz“ zwischen dem Willen der National-Versammlung und dem der Regierungen die Spitze abzubreaken, aber kein Beweis dafür, „daß das wahre Interesse derselben mit den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes Hand in Hand geht“. Daß diese Interessen Eins sein sollten, ist ein unbestreitbarer Grundsatz, ebenso unbestreitbar aber auch, daß sie es nicht sind. Anfangs freilich schien es, als habe die National-Versammlung Vollmacht, die deutschen Angelegenheiten lediglich im Interesse des Volkes zu ordnen und diesem das der Regierungen wenigstens nachzusetzen; von dem Zustimmungrechte der letzteren ist nirgends die Rede gewesen, sondern die Beschlüsse des Vorparlaments (resp. des Fünfziger-Ausschusses) in Betreff der National-Versammlung sind ohne allen Vorbehalt ausgeführt; wenn aber ein solcher jetzt geltend gemacht wird, so kann er nur eine Folge des wieder erstarkten Machtgefühls der Regierungen sein, eine Frucht der Wiener und Berliner Ereignisse, kein Recht, welches ihnen das Parlament und das Vaterland schuldet. Wir haben nichts dagegen zu erinnern, daß die Regierungen ihre Zustimmung zu Allem geben, was die National-Versammlung beschließt, es ist im Gegentheil unser dringender Wunsch; aber es handelt sich hier nicht um die Zustimmung, sondern um den Widerspruch, um die Verneinung, und das ist natürlich auch der Sinn der preussischen Note. Wie nun mit diesem Prinzip eine Verständigung möglich ist, das muß die National-Versammlung selbst beurtheilen; wir sehen aber in der Anerkennung desselben einen schroffen Widerspruch mit sich selbst, eine Verleugnung ihrer Grundlage und ihres Berufes. Die Frage nach der endlichen Herstellung einer deutschen Einheit ist durch jene Note in ein neues Stadium getreten, ihre Lösung aber uns ferner gerückt als je. Preußen selbst erklärt die Kaiserwürde für ein Hinderniß der Einigung; eine andere Form, um das „gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes“ zu befriedigen, ließe sich leicht finden; allein wir erhalten darüber keinen nähern Aufschluß und müssen uns also auf Vermuthungen über die Ansicht des preussischen Sa-

binetts beschränken. Eine republikanische Spitze, einen Präsidenten, meint es wahrscheinlicher Weise nicht; es kann schwerlich etwas Anderes im Sinne haben, als eine erneute Auflage des alten Bundestages, vielleicht in etwas veränderter Form und Zusammensetzung. Daß aber damit dem gerechten Verlangen des Volkes genügt, daß dadurch die wahre Einheit und eine kräftige Gesammtentwicklung hervorgerufen werde, das möge der glauben, der den jetzigen Zustand in Preußen für einen erwünschten, die Regierung für eine volksthümliche und eine oktroyirte, alles sichern Lebens entbehrende Verfassung für das letzte Ziel der glorreichen deutschen Revolution hält. Bei dieser Lage der Dinge aber die National-Versammlung mit Petitionen zu bestürmen, uns den preussischen König zum Oberhaupte zu schenken, ist ihrer und des Volkes unwürdig; möge sie beschließen, was sie für ihre Pflicht hält, unsere Pflicht ist es, uns dem zu fügen und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Wir stehen am Grabe großer Hoffnungen; wenden wir aber unsern Blick nicht muthlos rückwärts, sondern laßt uns das gläubige Vertrauen hegen, daß aus den verscharzten Reimen ein stattlicher Baum endlich hervorstehen werde, an den Keiner frevelnd die Art zu legen sich erlauben wird. Was uns auch die nächste Zukunft bringen mag, wir wollen und müssen es tragen; unsere nächste Aufgabe aber ist, dem Volke zur Einsicht und zur Stärke zu verhelfen, es geistig frisch und physisch kräftig zu machen, um dereinst würdig und im Stande zu sein, den Aufbau eines freien, großen und mächtigen Germaniens mit zu vollenden. Gott gebe nur, daß wir noch dazu berufen sein mögen!

Baiern und sein König Ludwig.

Der Vater der deutschen politischen Poesie hat das tiefe Wort gesprochen, welches die ganze neuere Geschichte der romanischen Nationen und einiger Bruchtheile unsers Volkes in scharfem Umriss zeichnet:

Ihr sahet und seht, welches herbe Geschick die verstockten Völker getroffen, die nicht in der Zeit des erweckenden Rufes absagten dem römischen Baalsdienst.

Gern möchten sie wegschieben das Joch und es zappelt der Hals in der Schlinge;

Doch leider zu spät, denn Pfaffengewalt schnürt ihnen die Seele zusammen.

Die Völker, hochherziger Platen, trifft nur ein kleiner und in Deutschland ein sehr kleiner Theil der Schuld. Sie wären gern dem erweckenden Ruf gefolgt, hätten sich die Fürsten an ihre Spitze gestellt, oder hätten sie wenigstens nicht dem Frühling der Zeit gewaltsam das Lebenslicht ausgeblasen.

Der Baier stand im 15. und bis zum letzten Viertel des 16. Jahrhunderts auf einer hohen Stufe der Bildung, geneigt und bereit zu jeder Fortentwicklung, ebenbürtig den andern Stämmen der Nation. Das darauf folgende zweihundertjährige Jesuitenregiment hat aber in den Ländern des bairischen Stammes, in Oestreich, in Tirol und in unserm Herzogthume die Säfte dieser beiden deutschen Völkerschaften in Stockung versetzt; abgestorbenen Gliedern ähnlich, hingen sie lange, lange Zeit an dem pulsirenden, lebendigen Körper der Nation. Es wird auch jetzt noch vieler Reibungen und gewaltsamer Mittel bedürfen, bis die erstarrten, in ihrer Ausbildung zurückgebliebenen Theile im Ganzen sich wieder organisch anfügen und mit ihm zusammenwachsen. Kundige Aerzte und Staatsmänner wissen, daß man bei so eingewurzelten Uebeln auch selbst dann noch wenn der Heilungsprozeß schon vollendet scheint, nicht ganz vor Rückfällen sicher ist; ein ungünstiger Luftzug, eine Verkältung wäre im Stande, wenn auch nur auf kurze Zeit, die alte Starrheit zurückzubringen.

Die Lockerung der Fesseln geistiger und staatlicher Knechtschaft beginnt beinahe zu gleicher Zeit in Oestreich und in Baiern mit den Regierungen Joseph's II. und Maximilian Joseph's III. Sie beginnt mit der Schwächung und Auflösung des Jesuitenordens, sie beginnt mit der Bildung der bairischen Akademie der Wissenschaften, welche, jetzt zum Schattenspiele und Kinderspott herabgesunken, in der Jugend ihres Daseins von großer Bedeutung war für das Kurfürstenthum. Die Akademie hat in Baiern den Kampf für Licht und Wahrheit begonnen; sie hat, zum ersten male seit 200 Jahren, über die allmächtigen Söhne Loyola's zu Ingolstadt und über den kurfürstlichen Jesuiten-Beichtvater zu München den Sieg davongetragen. Die Jesuiten, über diesen unerwarteten Schlag erbittert, hätten damals, wie zu allen Zeiten und allenthalben, wo sie herrschten, ihre Gegner am liebsten ausgerottet. Vater Leo ließ es, wie Westenrieder berichtet, nicht dabei bewenden, die Herren Gelehrten „große Hansen, Perückenstöcke, Freilehrer, Freidenker und dumme Esel“ zu schelten, sondern er ermahnte den Pöbel von der Kanzel herab, „sie mit dem Schwerte auszurotten“. Aber die Zeit war ihnen nicht günstig; die Sonne der humanistischen Tage stieg immer höher an dem Horizont empor; sie duldete die schwarzen Platen der Autodafes, der Kezengerichte und Hexenprozesse nicht mehr. Die Dunkelmänner mußten sich in die Nacht, aus der sie stammen, zurückziehen. Hier pflogen sie häufig Rath und lauerten ingrimmig auf jeden Nebelsstreifen, der sich in der Ferne erhob, um ihn durch Blendwerk in schwarze Wolken zu verwandeln; sie hofften das Licht des Tages zu verfinstern und die im Sonnenschein gereiften Saaten und Früchte des Geistes durch Hagelwetter zu vernichten. Dies ist ihnen auch

seit der Zeit Mar Joseph's III. einige male gelungen; es gelang ihnen während der heillosen Regierung Karl Theodor's, und das jüngste mal, möge es das letzte mal sein, vor ungefähr 15 Jahren.

Der Regierungsantritt des Königs Ludwig von Baiern (13 Oktober 1825) fiel in die Blütezeit der Reaktion. Karl X. war gesalbt mit dem himmlischen Oele zu St. = Denis und a'leuthalben jubelten die Gesalbten des Herrn. König Ludwig zeigte sich damals als echter Sohn der Vorbereitungsjahre zur Befreiung und der Befreiungskämpfe. Von der einen Seite ein lebendiges deutsches Nationalgefühl, glühend für die Aufrichtung und Erhaltung der Ehre und Würde des ganzen Vaterlandes, innig mit Franzosenhaß verschwistert; von der andern ein rückgängiges Streben nach mittelalterlichen Einrichtungen, verbunden mit einer Feindseligkeit gegen den vorzüglich von Frankreich ausgehenden Liberalismus. Die Trennung der Studienanstalt in dem konfessionell so habersüchtigen Augsburg, (hier und in Dillingen hatten sich auch die Jesuiten am längsten zusammengehalten) in ein katholisches und protestantisches Gymnasium ward zugegeben. Görres, welcher damals schon den Jakobiner in der Franziskanerkutte spielte, wurde an die von Landshut nach München versetzte Hochschule berufen, und ein romantischer Schwachkopf, der vom freien Geiste zur blinden Hierarchie entwichene Eduard Schenk, erhielt die Oberleitung der Bildungsanstalten des Reichs. Bei dem Allen blieb der Wortlaut der Verfassung — ihr Geist hat sich niemals zum Leben durchgearbeitet — die einzige Richtschnur der Regierung. Es fehlte selbst nicht an mehrern freisinnigen Anordnungen; der Presse wurde eine Freiheit gestattet, wie zu der Zeit in keinem andern deutschen Lande. Gegen diese Presse erhob sich auch alsbald mit allen Waffen des Hasses und der Verleumdung die jesuitisch-ultramontane Faktion, welche damals bereits einen Mittelpunkt in Baiern gefunden hatte. Die Juliusrevolution und ihre Nachspiele in Deutschland haben in der Regierungswage, deren Zünglein von Hause aus nach Jenseit der Berge und nach dem Abgestorbenen sich neigte, den Ausschlag gegeben. Die protestantischen Jesuiten, die Pietisten, Roth, Riethammer, Puchta, Stahl und Andere sind ihren katholischen Freunden getreulich beigestanden. Man ließ den König allerlei wunderliche Gefahren schauen. Es ging so weit, daß ein hocharistokratisches waufliges Jagdungethüm, ein Fürst von L., erklären konnte: die meuterischen blutdürstigen Liberalen würden nur über seinen Leichnam in die Gemächer der Majestät vordringen; er und sein ganzes Haus wollten sich opfern für die Erhaltung eines so guten hochherzigen Königs.

Adel und Geistlichkeit, fügte man schlau genug hinzu, wären allein im Stande, die dem Hause Wittelsbach drohenden Gefahren abzuwenden.

Von nun an beginnt eine furchtbare Zeit der Reaktion, des Spionenswesens und der geheimen Polizei; alle Nachtheile flogen aus ihrem versallenen dumpfen Gemäuer wohlgemuth zum hellen lichten Tag empor: die Kretzi und die Plethi mit all ihren alten Gelüsten, Benediktiner, Franziskaner, Kapuziner, Augustiner, Schulschwestern, barmherzige Schwestern, Karmeliter, Redemptoristen, sodaß die bairische Erde von ihnen voll wurde. Ihnen würdig zur Seite stellten sich die protestantischen Schul- und Kirchenbehörden mit ihren Seminarien und Sphoren, namentlich mit ihrer dem menschlichen Geiste feindlichen Universität Erlangen. Der Fürst Wallerstein, gar willig und gewandt, das Flammenschwert der Rache gegen die Liberalen, gegen Eisenmann, gegen Behr und so viele Andere zu schwingen, wurde als geborner Aristokrat und als ein Mann moderner französischer Bildung am Ende nicht ganz geeignet befunden, das bairische Volk und seine Institutionen der regulirten und nicht regulirten Geistlichkeit, der Jesuitenpartei preis zu geben. Fürst Ludwig von Wallerstein ist von der Natur mit guten Anlagen ausgestattet. Man versäumte aber das Talent auf dem allein sichern Grunde der Wahrhaftigkeit, des Wissens und der höhern Einsicht zu befestigen. Deshalb hat es dem Besitzer nur einen höchst zweideutigen Ruhm und dem Lande keinen Vortheil gebracht. Die schreienden Mängel des Mannes hätten aber natürlich nicht den Sturz desselben herbeigeführt, denn der selbstsüchtige, bis zur Narrheit eingebilddete König hat sich, wie sein Leben zeigt, nicht um das Wohl des Landes, ja nicht einmal um das Wohl seiner Familie bekümmert. Durch Kunst und Bauwerke, durch Schriftstellerei in gebundener und ungebundener, aber richtiger, mißbundener Rede, wollte König Ludwig einen Ruhm sich schaffen für alle Zeiten. Mit ihm sollte das deutsch-medizeische Zeitalter beginnen, ein Wahn, welchem die Kräfte des Landes geopfert würden. Die Wege und Mittel listig zu erfinden, um diese Kräfte heimlich an sich zu ziehen, dazu war aber Niemand geeigneter als der liberale Fürst Wallerstein. Was jedoch den Minister stürzte, das war die Eifersucht des Königs auf das Ansehen und die Macht, die der Minister hinter dem Rücken seines Herrn zu erlangen wußte. Dieses allerhöchste Unbehagen wurde von der schon lauenden Jesuitenpartei schnell zu ihrem Vortheile ausgebeutet. Der Minister wurde (Herbst 1837) entlassen und von seinem un dankbaren Gebieter, dessen Haß und Neigung er in so mannigfacher Beziehung als gewandtes Werkzeug gedient hatte, mit unsäglichem Schmach überhäuft. (Forts. folgt.)